



N i e d e r s c h r i f t

**der 34. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 20.09.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:14 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bernd Wiegand
Dr. Annegret Bergner
Bernhard Bönisch
Andreas Scholtyssek
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber
Hendrik Lange
Dr. Bodo Meerheim
Elisabeth Nagel
Eric Eigendorf
Johannes Krause
Dr. Inés Brock
Tom Wolter

Oberbürgermeister
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Verwaltung

Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Maik Stehle

Bürgermeister
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Grundsatzreferent
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Gäste

Jan Ole Prasse
Lutz Haake

Rauschenbach & Kollegen GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
BWG Halle-Merseburg e. G.

zu Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohnerfragen gestellt.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 34. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu Aktuelle Stunde Scheibe A in Halle-Neustadt

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich darf aufrufen, die Aktuelle Stunde zum Thema Scheibe A in Halle-Neustadt. Dort sind Diskussionen und Meinungen, auch aus den einzelnen Fraktionen dann in der Diskussion zum aktuellen Zeitpunkt. Und ich habe die aktuelle Fragestunde deshalb einberufen, um diese Fragen, die aufgeworfen sind, die wir auch noch bekommen haben, die auch momentan in der Öffentlichkeit kursieren, auch nochmal anzusprechen und zu diskutieren.

Ich würde ganz gern beginnen, zunächst mal mit den einzelnen Punkten. Ich habe das mal so vorbereitet, dass die Fragen, die momentan in der Öffentlichkeit diskutiert werden, mit den Antworten auf einer Folie gleichgesetzt und dargestellt sind. Das heißt, ich nehme auch immer Bezug auf die einzelnen Meinungen in den Fraktionen und wir können, wenn Sie nichts dagegen haben, uns dazu auch austauschen, das ist ja der Sinn der Aktuellen Stunde. Das heißt, ich führe kurz ein, würde die Antwort dazu aus der Verwaltung geben und bitte Sie dann, wenn Sie Wortmeldungen zu dem einzelnen Chart haben, dann um Wortmeldung.

Dann würde ich ganz gern beginnen erstmal zur Wirtschaftlichkeit der Scheibe. Die Fragestellung: Ist das Projekt in Neustadt nicht finanziell unwirtschaftlich? Die Antwort dazu: Das Projekt ist finanziell deutlich vorteilhafter als ein Verwaltungsneubau in der Innenstadt. Eventuelle Personalaufwüchse können auf Grund der Raumstruktur in einer Scheibe A abgebildet werden.

Wenn Sie da Meinungen haben oder Anmerkungen? Dann gehe ich weiter.

Frau Dr. Brock

Zum Verfahren nochmal. Das heißt, dann ist die Frage dann durch oder machen wir im Anschluss dann...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Nein, wir wollten uns ja austauschen und deshalb wäre es sinnvoll, gleich zu der entsprechenden Frage oder zu der Meinung, die in den einzelnen Fraktionen aufgetreten ist,

zu sprechen. Wenn Sie da eine Meinung oder dazu Stellung beziehen möchten, dann können wir das natürlich gerne an der Stelle gleich besprechen.

Ich habe zwei Fachleute hier mit dabei, das ist Herr Prasse und Herr Haake. Da bitte ich darum, dass sie dann zu den einzelnen Teilbereichen das Wort ergreifen können. Deshalb stelle ich bei Ihnen auch den Antrag, ob sie dann in den einzelnen Teilbereichen Antwort geben können. Ich freue mich, dass Herr Haake mit dabei ist, der die Wirtschaftlichkeit sich ebenfalls mit angesehen hat im Hinblick auf die Untersuchung, die aktuell Ihnen ja auch vorliegt. Und deshalb bitte ich um Zustimmung, dass die beiden Kollegen sich in die Diskussion mit einschalten können. Bitte.

Frau Dr. Brock

Okay, dann würde ich inhaltlich kurz was dazu sagen. Möglicherweise ist das korrekt, was Sie sagen auf den ersten Punkt, aber es scheint so, als ob das eine Entscheidung zwischen zwei Alternativen wäre. Aber ein Verwaltungsneubau in der Innenstadt ist ja nicht die einzige Alternative. Und was die Personalaufwüchse betrifft, wir sprechen hier von einem Zeitraum von 30 Jahren. Wir wissen, dass es immer mehr digitales Rathaus gibt. Wir wissen gar nicht, wie viel Raumbedarf beziehungsweise Personalbedarf überhaupt im Jahr 2027, 28 noch existent ist. Insofern finde ich schon diese beiden Punkte in Ihrer Antwort nicht konsistent.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann würde ich Herrn Prasse ganz gern das Wort geben.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Bitte?

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich würde ihn ganz gern für die Verwaltung dann mit dazu nehmen, denn er hat ja das Gutachten erstellt, das Ihnen vorliegt.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Können wir auch, klar. Ja, okay. Wenn Sie einverstanden sind, dass Herr Haake und Herr Prasse sich einschalten, bitte ich um Ihr Handzeichen, bitte. 8 Ja-Stimmen. Die Gegenstimmen? Keine Gegenstimmen. Die Enthaltungen? Bei einer Enthaltung dann so bestätigt.

Dann bitteschön, Herr Prasse.

Herr Prasse

Ja, ich spreche natürlich für diejenigen, die das Gutachten geschrieben haben, das ja auch lang und breit im Stadtrat diskutiert worden ist. Was ich nur dazu sagen kann ist, wir haben ja die beiden Alternativen geprüft, Schimmelstraße und Scheibe und sind zu dem Ergebnis gekommen, das konnten Sie auch nachlesen, dass die Scheibe gegenüber der Schimmelstraße deutlich wirtschaftlicher ist.

Zu den Alternativen: Es gab mal im Stadtrat, auch von der Verwaltung vorgeprüft verschiedene Standorte, die noch möglich wären für einen zentralen Verwaltungsstandort. Dabei kam heraus, dass ganz klar nur die Scheibe und die Schimmelstraße dafür in Frage

kommen. Insofern sind sozusagen im Vorfeld schon, warum hier nur diese beiden Alternativen geprüft worden, andere Alternativen ausgeschlossen worden.

Des Weiteren vielleicht noch kurz zu dem Personalaufwuchs. Natürlich ist es so, dass wir den Personalbedarf nicht für das Jahr 2027, das ist auch nicht Grundlage des Gutachtens, festzustellen ist, dass die Schimmelstraße, der Bau in der Schimmelstraße nur für diese Mitarbeiterzahl von 450 maximal möglich ist. Die Scheibe ist auf Grund der Raumstruktur in der Lage dazu, einen höheren Personalbedarf aufzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Ja, ich möchte auch nochmal auf diese Frage der Alternative zurückkommen. Klar kann man jetzt sagen, was Herr Prasse vorgetragen hat leuchtet ja auch ein, stimmt wahrscheinlich auch, dass genau dieses Projekt in der Schimmelstraße so ein großes Haus zu bauen möglicherweise unwirtschaftlicher wäre als diese Variante mit der Scheibe. Aber es gibt ja auch weitere Möglichkeiten die Verwaltung zu gestalten und unterzubringen. Wir haben ja leider bis heute kein ordentliches Raumbedarfskonzept von Ihnen gesehen. Beispielsweise hatte ich das letzte Mal in der Ratssitzung nachgefragt nach dem Angebot eines Investors in der Innenstadt für deutlich geringere Mietpreise, Flächen anzubieten, umfangreicher, da habe ich noch keine Antwort bekommen. Inzwischen kenne ich das Angebot ein bisschen konkreter, ich weiß nicht, ob wir darauf eingehen sollten, aber das haben Sie abgelehnt und die Frage, ob das nicht möglicherweise wirtschaftlicher wäre, die ist leider unbeantwortet.

Denn es gibt ja nur diese Variante oder diese Variante, aber es gibt ja viele denkbare Zwischenlösungen und beispielsweise ein Neubau, der nicht so zentral liegt. Denn Neustadt ist ja, was man jetzt die Zentralität angeht auch nicht sehr zentral und möglicherweise befände sich irgendwo anders in der Stadt auch noch eine sehr günstige Baufläche, beispielsweise. Das wurde auch nicht erörtert. Also insofern ist das keine, aus meiner Sicht, erschöpfende Aussage, die da steht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Ernst, bitte.

Frau Ernst

Die erste Anmerkung Ihrerseits bezog sich auf ein Angebot eines Unternehmens und wir waren im Stadtrat so verblieben, dass Sie nochmal prüfen, welches Unternehmen das war und uns das dann nachreichen, damit man auf das Angebot, was ja sonst anonym im Raum steht...

Herr Bönisch

Das hatten Sie sich gewünscht, aber ich hatte gefragt, ob es überhaupt ein Angebot gab und darauf wollte ich, das hatte ich im Stadtrat klargestellt, dass ich jetzt nicht in der Bringepflicht bin, welches Unternehmen das gewesen sein soll, sondern Sie müssen ja wissen, von wem Sie Angebote bekommen haben. Möglicherweise gibt es ja noch viele weitere Angebote, die ich gar nicht kenne. Also, ich hatte die Frage gestellt, gab es Angebote.

Frau Ernst

Um auf Ihr Angebot, was Sie dort konkret angesprochen haben, mit der entsprechenden Summe reagieren zu können, ist es erforderlich zu wissen, welches Unternehmen das unterbreitet hat. Und wenn Sie jetzt sagen, Sie möchten das nicht nennen, dann können wir dazu auch nichts sagen.

Herr Bönisch

Ich möchte das nochmal klarstellen, also nur zu der Anfrage im Stadtrat, die hat ja hier nur mittelbare Bedeutung. Ich habe gefragt, ob es Angebote gab. Und darauf kann ich eine Antwort kriegen, egal ob ich den Investor nenne oder nicht. Sie müssen ja wissen, ob es Angebote gab und da würde ich gerne alle haben und nicht bloß das, was ich möglicherweise zufällig kenne.

Frau Ernst

Herr Bönisch, Sie hatten ein konkretes Angebot, eine konkrete Zahl genannt und daraufhin ist nachgefragt worden, welches Unternehmen Ihnen diese Zahlen unterbreitet hat. Jetzt können wir uns in der Erinnerung entsprechend unterhalten, aber das ist das, was bei der Verwaltung angekommen ist. Wenn Sie jetzt Ihre Frage nochmal präzisieren oder sagen, Sie möchten gern alle Angebote wissen, die in der Verwaltung eingegangen sind, dann ist das ja eine neue Sachlage und dann kann man darauf auch reagieren. Aber auf das, was Sie speziell mit dem, ich komme nicht mehr drauf, welcher Mietpreis pro Quadratmeter es war, um darauf reagieren zu können, müssten wir natürlich wissen, von wem Sie die Information haben. Aber ansonsten, wenn Sie jetzt wissen möchten, welche Angebote hat die Verwaltung erhalten, dann ist das eine neue Fragestellung, die wir so mitnehmen und dann auch beantworten können.

Herr Bönisch

Ich muss das nochmal klarstellen, Frau Ernst. Es ist in der Sitzung klargestellt worden. Das ist in der Sitzung klargestellt worden, dass ich eine Antwort auf die Frage haben möchte, welche Angebote hat es gegeben. Hat es Angebote gegeben, ohne dass ich jetzt den Investor noch nennen müsste?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gut, dann Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Ja, also erstmal nur zum Einstieg. Die aktuelle Stunde ist denke ich notwendig, um vielleicht nochmal den Bürgerinnen die Möglichkeit zu geben. Ich glaube, im Rat gibt es natürlich, genauso wie bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, eine klare Position. Und Sie stellen quasi eine Position dar, weil auch auf Grund des Bürgerbegehrens und dann sozusagen des Beschlusses zur Zulassung zum Bürgerbescheid, ist ja die Diskussion, die wir eingefordert haben, beendet worden auch. Und was Sie jetzt hier auch als Anlagen vorgelegt haben zur Einberufung der aktuellen Stunde, bezieht sich nach Durchsicht von meiner Seite zumindest auf, sage ich mal, eine, man kann sagen Melange von verschiedenen Fragen, die wir, mit denen wir uns befasst haben in den letzten Jahren oder Monaten.

Und wenn Sie das so runterbrechen auf so eine freundliche Tabelle, ändert das zumindest auch nicht die Position unserer Fraktion, dass wir zum Bürgerentscheid ganz klar sagen, dass man dem nicht zustimmen kann, weil da so viele Risiken und Unwägbarkeiten drin sind, die für uns nicht fassbar und verantwortungsvoll zustimmungsfähig sind. Und wenn Sie diese Frage / Antwort dann gegenüberstellen, dann ist es eben auch runtergebrochen, weil Sie auch gerade in den letzten Wochen sich ganz klar für diesen Entscheidungsprozess, den Sie ja mit Unterstützung in den letzten Monaten gemacht haben, nicht eine Diskussion mit uns gegeben haben. Das ist jetzt die Anmerkung, glaube ich. Zum Raumkonzept, kann man da einerseits sehen: Wo wollen wir eigentlich hin? Wo soll das stehen? Was für eine Form von Standorten dezentral, zentral wollen wir eigentlich haben?

Man kann sozusagen, glaube ich, schon das Rauschenbach-Gutachten sehen als eine Analyse zur Ist-Situation. Der Schluss, der dann sozusagen passiert, dass die Scheibe A ein Verwaltungssitz ist, ist für mich ein ganz anderes Themenfeld und deshalb meine ich so Melange, da sind viele Themen miteinander vermengt und dadurch sind bestimmte Risiken,

die Sie eigentlich immer in der Lage waren, auch zu benennen, also das berühmte Pro und Kontra, was Sie beschrieben haben, für uns bedauerlicherweise in dieser Diskussion überhaupt nicht in den Raum gestellt, also von Ihnen auf keinen Fall.

Und von den Bürgerinnen und Bürgern, die uns jetzt sozusagen in den letzten Wochen kontaktiert haben und gefragt haben, was ist denn jetzt, wie ist eure Meinung, wie ist eure Position, war ganz klar, dass Sie, sage ich mal, auch dieser, sage ich mal, Vorschlag des Bürgerentscheids nicht zustimmen können. Und wenn man da jetzt detailliert reingeht in die Darstellung, kann man da bestimmt nochmal, das vielleicht nochmal auch diskutieren hier in der Runde. Ich glaube nur, dass der Bürgerentscheid ein Signal und eine Position gibt, hoffentlich von der Mehrheit der halleschen Bevölkerung, die sage ich mal, uns dann wiederum einen Auftrag gibt, damit umzugehen und deswegen begrüßen wir ja den Bürgerentscheid als partizipativen Moment hier in der Stadt, als ein besonderen Vorgang. Aber eben nicht, dass wir diesem zustimmen wollen. Und ich finde es schwierig, sozusagen jetzt, wenn man nämlich jetzt in die Fragen oder in die Darstellung jetzt geht, möchte ich nur mal darauf hinweisen, dass ich wahrscheinlich immer sage, das ist jetzt das eine Themenfeld, das ist das andere, weil darum geht es nicht. Das will ich nur ganz klar sagen. Es geht nicht darum, ob irgendwas wirtschaftlicher ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Okay, gut. Dann gehen wir mal weiter. Zu meiner Stellungnahme kommen wir später noch.

Zweite Frage. Ist es nicht riskant, den Mietpreis auf 30 Jahre festzuschreiben? Auch das ist eine Frage. Es geht hier nicht um Verkürzungen. Diese Verkürzungen finden sich in den Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen, die sich dagegen gewandt haben, deshalb kommt die Frage auch so konkret, wie sie in den einzelnen Fraktionen auch benutzt wurde.

Nein, im Gegenteil. Mietzahlungen in anderen Objekten bleiben in der Regel über die kommenden 30 Jahre nicht konstant. Zudem wird in den Objekten ein Investitionsbedarf entstehen, der Mietsteigerungen nachsichzieht. Das ist die klare Antwort auf die 30 Jahre, auf diese Diskussion.

Gehe ich mal weiter.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, das können wir gerne machen. Denken Sie daran, wir haben eine Stunde Zeit. Ich würde ganz gern die einzelnen Punkte ansprechen und deshalb erbitte ich kurze Fragen, damit ich genauso kurz, wie ich das in 10 Sekunden reingebe, dass wir da dann auch ins Gespräch kommen. Bitteschön, Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Der Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt hat für das Land alle Mietverträge, die länger als zehn Jahre laufen sollen als, ja sozusagen, mit einem Verbot belegt. Also der Landesrechnungshof jedenfalls will nicht, dass Mietverträge des Landes über mehr als zehn Jahre abgeschlossen werden und das ist jetzt auch Maxime im Land, mit der Begründung, dass die wirtschaftlichen Risiken viel zu groß sind, weil man überhaupt nicht weiß, welche Alternativen sich möglicherweise auftun. Also meine Frage: Ist Ihnen das bekannt?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das ist mir bekannt, das ist aber ein Neubauprojekt, eine Ausnahme unter den Kriterien, die ich hier genannt habe. Herr Prasse zur Ergänzung.

Herr Prasse

Also, ich kann nur feststellen, dass wir in dem Gutachten sozusagen errechnet haben, wie hoch das Einsparpotenzial ist, das aus der neuen Verwaltungsstandortsstruktur sich ergibt und dass sich daraus die Scheibe errechnet, sozusagen die 9,90 € gerechnet auf 30 Jahre, dass dieser Mietpreis damit finanzierbar ist, maximal.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Bitte.

Herr Wolter

Ich finde es ein bisschen schwierig, wenn Sie die Zeit einschränken.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Naja, wir haben nur eine Stunde Zeit, deshalb müssen wir ja darüber sprechen.

Herr Wolter

Sie sprechen das an, man hat Fragen oder Hinweise auch, dann finde ich das schon in zehn Sekunden, so bin ich nicht vorbereitet, weil ich diese Folie auch nicht kenne, die war in den Vorlagen nicht mit dabei, dass man sich da vorbereiten konnte. Wir haben das Erlebnis gehabt PPP-Verträge abzuschließen, die von Rauschenbach und Kollegen auch mit vorbereitet wurden, wird Herr Prasse wahrscheinlich auch eine Kenntnis haben davon. Wenn sich die Kollegen erinnern, was für einen Raum wir dort betreten haben, das war ein Raum, der war ungefähr so groß wie hier. Da standen ungefähr zehn Tische und geschätzt waren das 70 oder 80 Aktenordner. Das war ein Vertragswerk, wo wir als Stadträte ehrenamtlich tätig, ohne juristische Ausbildung in einer Zeit geprüft haben, ob diese Verträge zum Nachteil unserer Stadt sind.

Wir haben jetzt festgestellt, dass dort Vertragsbestandteile enthalten sind, wo alle Risiken, alle Steigerungen zu bestimmten Kosten, ich sage mal nur das Thema Mindestlohn, das Thema Steigerung in bestimmten Betriebskostenbereichen, dass die komplett enthalten waren im, also zu Lasten der Stadt. Das heißt, wir haben also ein sehr gutes Verfahren, weil wir da aus einer Not heraus eine Investition getätigt haben, um eine Schulrenovierung durchzuführen, das war die gemeinsame politische Entscheidung und die Sorge, die ich von anderen jetzt aus unserer Fraktion oder auch von Bürgern höre, ist...Kennen Sie den Vertrag, gibt es da schon Vorstellungen, was für Risiken sollen in so einem Vertrag enthalten sein, gibt es einen Investitionsbedarf, der sich auf Grund der baulichen Substanz ändert, wo dann die Risiken doch wieder auf der städtischen Seite liegen? Was bedeutet 9,90 €, ist das inklusive Inflation, Deflation? Ist das inklusive von bestimmten, wo wir sagen Bestandteilen, also das zielt eher auf die Frage, wenn der Bürgerentscheid mehrheitlich zugestimmt wird, was ist eigentlich dann der Auftrag an uns beziehungsweise an die Stadtverwaltung? In welcher Form wird ein Vertragswerk, das überhaupt ja entsprechen kann, sage ich mal. Was für eine Grenze, wo ist die Grenze dann erreicht, sage ich mal, wo. Das war so eine Diskussion, die wir hatten und die konnte ich nicht beantworten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Können wir nachher gern nochmal darauf zurückkommen, die Fragen kommen dazu noch und dann würden wir darauf nochmal eingehen. Ich würde ganz gerne nochmal weitergehen.

Das ist die Fragestellung: Ist der Mietpreis von 9,90 € pro Quadratmeter nicht viel zu hoch? Was zahlt die Stadt an anderen Standorten? Das ist eine CDU-Anfrage gewesen, die dargestellt wurde in den entsprechenden Kontra-Argumenten. Dies ist die maximale Mietobergrenze, keine bereits feststehende Mietzahlung der Stadt. Bis zu diesem Mietzins wäre eine Nutzung der Scheibe A kostenneutral. Deshalb steht da auch ein „bis“ davor. Im Technischen Rathaus zahlt die Stadt aktuell eine monatliche Nettokaltmiete von 10,84 € pro

Quadratmeter Nutzfläche. Da sieht man die Relation und da sieht man eben auch die Möglichkeit und die Darstellung und der Vergleich mit anderen Standorten.

Das heißt, dieser Mietpreis wäre nicht zu hoch. Dies ist in den Antworten auch schon dargestellt. Das wäre der nächste Punkt, den ich ganz gern mit Ihnen besprechen möchte.

Herr Scholtyssek, Sie hatten sich gemeldet.

Herr Scholtyssek

Ja, das würde mich dann doch nochmal näher interessieren. In dem Gutachten von Rauschenbach haben wir ganz andere Zahlen für den Hansering 15. Da haben wir eine Nettokaltmiete pro Quadratmeter von 7,71 €, eine Nettokaltmiete pro Quadratmeter im Mietvertrag von 8,41 € und hier war die Rede davon, dass ab 1. März diesen Jahres auf 6,50 € pro Quadratmeter kalt reduziert wird. Diesen Widerspruch hätte ich gerne mal aufgeklärt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gerne, Herr Prasse, bitte.

Herr Prasse

Also zunächst zu den 10,84 € und zu den Zahlen, die im Gutachten stehen. Da kommt es immer darauf an, auf welche Fläche Sie rechnen. Bei der Scheibe sind die 9,90 € auf die Nutzfläche gerechnet. Die Zahlen, die Sie hier im Gutachten finden, die Sie ansprechen, sind auf die Nettogrundfläche gerechnet. Da sind beispielsweise die Technikflächen und die Verkehrsflächen drin. Wenn Sie auf die Seite zehn gucken, finden Sie, dass der Hansering 15 eine Nutzfläche von 6.260 Quadratmetern hat. Wenn Sie den derzeitigen Mietzins von 814.000,00 € pro Jahr durch diese Nutzfläche rechnen, kommen Sie auf die 10,84 €. Das ist sozusagen damit Sie...gleiche Flächen müssen Sie natürlich dann auch vergleichen, wenn Sie die Scheibe auf die Nettogrundfläche berechnen, ist der Mietzins deutlich niedriger. Es kommt da auf den Jahresmietzins und auf die Fläche jeweils an.

Die zweite Frage zu den niedrigeren oder zu dem niedrigeren Mietangebot. Es gab sozusagen im Verfahren, das ist abgeprüft worden, das haben wir auch gemacht, die Anfrage, was bedeutet es, der Hansering läuft in 2020 aus, unter welchen Bedingungen könnte man sich eine Mietvertragsverlängerung vorstellen und bestimmen. Das erste Angebot, das ist noch kein ausgehandelter Mietvertrag, gar nichts, liegt niedriger, liegt bei den im Gutachten beschriebenen 651.000,00 € Jahresmiete. Das ist auch in die Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Scheibe eingegangen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Ernst hat noch das Wort, weil Herr Bönisch dazu eine Anfrage gestellt hat. Bitteschön.

Frau Ernst

Ich probiere es jetzt nochmal, Herr Bönisch. Also, wenn ich Sie richtig verstanden habe, war Ihre Frage, ob es richtig ist, dass die Stadt größere Mietflächen angeboten bekommen hat, für weniger als 8,00 € pro Quadratmeter. Und das war in den vergangenen zwei Jahren nicht der Fall.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann ist die Frage: Ist ein Gutachten nicht zu wenig?

Die Wohnungsgenossenschaften, die Wohnungsgesellschaften und die Saalesparkasse haben das Gutachten ausführlich analysiert. Übereinstimmend halten sie die Ergebnisse für plausibel. Ich würde ganz gern vielleicht Herrn Haake, aus Ihrer Sicht noch zwei Sätze dazu, zu dem Punkt?

Herr Haake

Ja, schönen guten Tag. Analysiert in der Hinsicht, dass wir uns mal angeschaut haben, was da als Baukosten aufgerufen wird. Und wir können aus unserer Sicht dazu sagen, dass wir im Zuge des studentischen Wettbewerbes zur 50 Jahr Feier von Halle-Neustadt seiner Zeit ein eigenes Projekt hatten für die Scheibe C und waren auf vergleichbare Baukosten gekommen, vergleichbar in der Summe, dass wir sagen, zwischen 26 und 27 Millionen Euro lagen wir. Und wenn man das mal runterbricht auf den Quadratmeter, dann kommt man wieder zwischen, je nach Ausstattung 2.200 und 2.500 pro Quadratmeter. Und wenn man dann, was wir gemacht haben, eine Vollkostenrechnung, man eine Investitionsrechnung mal drüberlegt, dann ist man auch bei den vom Kollegen Prasse schon benannten 9,90 €.

Insoweit halten wir, was dort auch baulich vorgeschlagen wurde, für durchaus plausibel, wobei uns nicht zusteht, das zu bewerten, ob das in Gänze dann auch so umsetzungsfähig ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja, ich hätte mal eine Frage. Sie haben bei den Unterlagen heute am Ende so eine Präsentation eingestellt und auf der Seite 15 gibt es da nochmal einen Vergleich der Mieten. Und da steht bei den 10,84 € alt, es sind neu 8,66 €. Und dann bei dem Vergleich der Miete je Quadratmeter pro Nettogrundfläche, heißt das sicher pro Monat, liegt der Hansering bei 6,72 € und die Scheibe dann bei 6,66 €. Also der Unterschied ist marginal. Und da steht dann immer in Klammern diese alt 10,84 € und 8,41 €. Das wäre jetzt die konkrete Frage.

Und die andere Frage, es wird sich jetzt immer nur auf den Hansering gestützt bei diesen Kostenvergleichen, haben Sie denn bei den anderen Standorten, die aufgegeben werden sollen für dieses Projekt, das auch mal berechnet?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Erstmal zu der Präsentation, die Sie angesprochen haben: Die Präsentation ist bekannt, das heißt, sie ist den Stadträten bereits auch in den einzelnen Ausschüssen auch zum Teil präsentiert worden. Zu den Fragen, Herr Prasse, bitte.

Herr Prasse

Also, zwischen alt und neu beim Hansering ist klar. Wir haben eine aktuelle Miete, die gilt bis 2020 und das sind die 10,84 € beziehungsweise 8,41 € je nach Flächenberechnung. Es gibt die neue Miete, das ist die neue Miete nach dem Mietangebot, was uns vorgelegt worden ist.

Bei den anderen Standorten, ja, auch das ist berechnet worden und kann man hier auch berechnen, steht im Gutachten das mit der Nettogrundfläche die Berechnung und man kann, wenn man auf der Seite zehn guckt, die Nutzfläche sehen und dann einfach die Jahresmiete durch die Nutzfläche rechnen und dann kommt man auf den Vergleich zur Scheibe.

Bei der NGF-Berechnung für die Scheibe muss man mit einberechnen, also die Nettogrundfläche. Die Scheibe hat relativ große Balkonflächen und dadurch eine relativ große Nettogrundfläche mit 17.000 Quadratmetern. Und dementsprechend ist natürlich der Mietzins auf die Nettogrundfläche gerechnet, bei der Scheibe deutlich niedriger, als wenn ich es auf die Nutzfläche rechne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Ja, bei uns ist das auch so. Ist auch nicht für mich geklärt, weil das schon eine unterschiedliche Darstellung ist in allen Unterlagen und auch im Sinne von einer Betrachtung, einer ganzheitlichen Betrachtung natürlich, dass die eigenen Immobilien und die anderen Standorte mit einbezogen werden können. Es kann nicht dann nur ein Standort, der da eben nah beiliegt.

Aber was für mich jetzt interessant ist, über was stimmt denn jetzt der Bürger ab? Also, da steht ja nichts von Nettogrundflächenbezug oder von irgendwas. Da steht 9,90 €, also das ist ja dann noch absurder, also im Sinne der Erstellung des Bürgerentscheids, des Papiers. Wie gehen wir denn damit um, wenn das jetzt einen positiven Bescheid gibt, Herr Oberbürgermeister? Was bedeuten dann die 9,90 €, die da drin stehen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also, mein Vorschlag ist, dass wir die Fragen alle zum Schluss beantworten, weil sie allgemein sind. Ich würde ganz gern erstmal die einzelnen Punkte durchgehen. Ich weiß, Sie kommen immer mit allgemeinen Diskussionen, ich würde ganz gern erstmal...

Herr Wolter

Das ist eine konkrete Frage. Also, ich weiß nicht was da allgemein ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, okay, können wir doch zum Schluss noch beantworten gemeinsam.

Herr Wolter

Gerne später auch, aber es ist eine konkrete Frage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Von daher würde ich erstmal die Sachthemen durchgehen und dann können wir darüber auch sprechen.

Herr Wolter

Okay.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

So, die Frage auch von den GRÜNEN. Warum kann die Sanierung nicht durch die öffentliche Hand erfolgen, sodass Gewinne der Stadt zu Gute kommen?

Die Antwort darauf. Die Stadt darf grundsätzlich keine Kredite für den Kauf neuer Gebäude aufnehmen. Die Stadt würde zudem das gesamte betriebswirtschaftliche Risiko bei einem Kauf tragen, daher sind Gewinne im Fall, auch einer eigenen Sanierung, im Fall des Ausbaus, unrealistisch. Deshalb wendet man sich ja an jemanden, der die Miete dann im Mietmodell anbietet.

Dann zur Standortstruktur der Verwaltung. Sollten die 26 Standorte über die ganze Stadt nicht erhalten bleiben?

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Frage ist in den Pro und Kontra Abwägungen bei Ihnen mit drin.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

In der Formulierung. Die Zahl der Standorte zwingend zu reduzieren macht deshalb Sinn, weil in mehr als einem Drittel weniger als 20 Mitarbeiter arbeiten. Ein sehr hoher Investitions- und Instandhaltungsstau besteht und zusammengehörige Fachbereiche sind an einem Standort zu bündeln, um Verwaltungsabläufe zu verbessern.

Frau Brock.

Frau Dr. Brock

Nur ganz kurz dazu. Also diese Dezentralisierung beziehungsweise Zentralisierungsdiskussion, die haben wir ja insbesondere im Bereich der Jugendhilfe immer wieder gehabt und das sind so Schweinezyklen, ja, also mal sagt man dezentral ist richtig, mal sagt man zentral ist richtig. Das will ich ja gar nicht aufmachen, aber letzten Endes ist die Entscheidung, die Sie jetzt offensichtlich ja und offensichtlich sehr vehement befürworten, dass wir dann zwei Drittel aller Verwaltungsmitarbeiter in Halle-Neustadt sitzen haben. Und das ist eine Zentralisierung nicht im Zentrum, sondern eine Zentralisierung jenseits des Zentrums, weil bereits jetzt dort über 600 Leute ja arbeiten. Es ist ja nicht so, dass Halle-Neustadt absolut unterversorgt ist mit Verwaltungsstandorten.

Also, das denke ich mir, sollte man auch immer im Blick behalten, dass man letzten Endes aus der Innenstadt und aus der Altstadt ja über ein Drittel der Verwaltungsmitarbeiter abzieht und dann, wie gesagt, zwei Drittel aller Verwaltungsmitarbeiter in Halle-Neustadt hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Frage kommt auch noch. Aber mich wundert, Frau Brock, denn Sie haben hier im Hauptausschuss diese Entscheidung auch hier getroffen. Und mehrheitlich getroffen, deshalb wundert mich das, dass ist nicht das, was ich vertrete, sondern ich vertrete momentan das, was Sie im Hauptausschuss beschlossen haben. Sie haben einen Beschluss getroffen, der genauso aussieht, wie der Bürgerentscheid das Ganze vorsieht. Und deshalb weiß ich nicht, warum Sie das jetzt so gegen meine Person wenden. Also, ich vertrete das, was Sie mehrheitlich im Hauptausschuss beschlossen haben. Und von daher...

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, der hat das aber beschlossen. Er hat hier eine Beschlussfassung gemacht und hat das dem Stadtrat empfohlen. Da haben Sie hier alle gesessen und haben die Hand zum Teil gehoben, wir haben uns auch verständigt. Wir haben sogar Ausnahmen darüber besprochen. Wir haben uns sogar verständigt, dass ich Sie beteilige, wenn die Verwaltung dann umzieht. Das haben Sie alles hier beschlossen. Also, von daher gebe ich das nur so wieder, Frau Brock.

Frau Dr. Brock

Ja, ich verstehe gerade nicht, worauf Sie Bezug nehmen, aber...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Naja, ich kann Ihnen gern die Beschlussfassung des Hauptausschusses einmal geben.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Mehrheitlich ist ein Beschluss, Herr Bönisch. Das wissen Sie auch.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Mache ich doch gar nicht. Weil sie sich nicht erinnern kann. So, gibt es weitere Fragen? Dann gehen wir weiter.

Verliert die Innenstadt an Zentralität, wenn 450 Verwaltungsmitarbeiter die Innenstadt verlassen?

Aus der Innenstadt werden nur 350 Mitarbeiter abgezogen, der Ratshof bleibt unberührt. Die Verwaltungsmitarbeiter steigern die Attraktivität der Neustädter-Passage.

Droht den Gebäuden am Hansering 15 und 20 sowie der Großen Nikolaistraße 8 der Leerstand?

Nein, durch die lange Vorlaufzeit und die steigende Nachfrage an Büroflächen ist das sehr unwahrscheinlich. Zudem werden die Eigentümer schnell eine andere Nutzung anstreben.

Dann gehe ich zur nächsten. Schmälert der Wegzug die Kaufkraft der Innenstadt?

Auch hier ein klares Nein von Seiten der Verwaltung. Beispielsweise ist das Finanzamt 2016 von Halle-Neustadt mit 439 Verwaltungsmitarbeitern in die Innenstadt gezogen. Der Wegzug von 350 Mitarbeitern nach Neustadt bedeutet damit im Saldo keinen Verlust an Kaufkraft. In Neustadt wird dafür ein städtebaulicher Missstand beseitigt und ein Impuls für die Nutzung weiterer bisher leerstehender Hochhäuser gesetzt. Herr Bönisch, bitte.

Herr Bönisch

Sie leugnen aber nicht den negativen Effekt. Sie sagen, es wird nur dadurch, dass das Land zufällig in der Innenstadt gebaut hat, kompensiert und von daher geht es. Aber den negativen Effekt leugnen Sie nicht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das Land hat nicht zufällig gebaut, sondern mit großem, mit einer großen Mehrheit...

Herr Bönisch

Herr Dr. Wiegand, lenken Sie doch nicht immer vom Thema ab. Sie können doch einfach mit Ja und Nein antworten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Es gibt ja keine Frage mit Ja oder Nein. Es geht darum, dass im Saldo, wie Sie es ja dargestellt haben, kein Verlust der Kaufkraft eingetreten ist.

Herr Bönisch

Ich habe Sie gefragt, ob es einen negativen Effekt gibt, wenn die Verwaltungsmitarbeiter nach Neustadt ziehen aus der Innenstadt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Antwort habe ich Ihnen doch gegeben. Nein.

Herr Bönisch

Sie spielen mit gezinkten Karten, Sie trauen sich nicht die Wahrheit zu sagen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das kommt nachher noch, Herr Bönisch.

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ich hätte gerne gewusst: Der Wegzug des Finanzamtes aus Neustadt, wo die Mitarbeiter des Finanzamtes im direkten Umfeld hätten die Kaufkraft verausgaben sollen, die angeblich aus Neustadt verloren gegangen ist?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Ernst, bitte.

Frau Ernst

Herr Scholtyssek, das Neustadt-Centrum ist da zehn Minuten entfernt.

Herr Scholtyssek

Zehn Minuten vom alten Standort des Finanzamtes, das möchte ich sehen, das machen wir zusammen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gut, also eine sportliche Herausforderung, Herr Scholtyssek gegen Frau Ernst, gut. So, dann Herr Wolter bitte.

Herr Wolter

Ich habe auch nur eine kleine konkrete Frage dazu. Und zwar gibt es, das ist, ich empfinde es wirklich als fast populistisch, was Sie sozusagen hier thematisieren, weil es, zumindest haben Sie es bis jetzt nicht vorgelegt in irgendeiner Form eine Untersuchung dazu gibt. Es gibt finde ich auch keine Faktenlage. Ich finde die Frage von Herrn Scholtyssek absolut berechtigt. Gibt es in irgendeiner Form ein Kaufkraftzuwachs durch den Standort Jobcenter, das sind sozusagen finde ich, empfinde ich eher als gefühlte Wirtschaftseffekte, weil dort sozusagen ein, daraus entsteht vielleicht eine gewisse Lebendigkeit oder so. Aber haben Sie da Untersuchungen, können Sie da auf irgendetwas Bezug nehmen und könnten Sie das uns auch zur Kenntnis geben? Oder sind das eher Zahlenspielereien, wo man dann eben sagt, ja da ist etwas, das sind dann Standorte, da kommen die Leute und die gehen dann in die Geschäfte und nutzen dann ihre Pausenversorgung oder Mittagsversorgung dort? Natürlich sind das gerade im Finanzamt hauptsächlich Menschen gewesen, die da auch per Auto oder per Fahrrad hingekommen sind, dort gearbeitet haben und dann wieder wahrscheinlich zu ihren Wohnorten oder sonst was weggefahren sind. Also ich weiß immer nicht genau, was da für Effekte sozusagen mit verbunden sind. In der Innenstadt oder am Neustadt-Centrum kann ich das noch nachempfinden. Aber das ist eher eine Empfindung. Haben Sie dazu Untersuchungen und Fakten, gibt es dazu was?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wenn man die Kaufkraft messen will, dann geht es im Wesentlichen um die Qualität der einzelnen Läden, die dort sind. Kaufkraft zu messen in Menschen oder Personen halte ich für nicht angemessen. Ich fahre also auch dahin, wo die Qualität der Geschäfte da ist. Und hier kommt es also nicht darauf an, wo der Standort ist, sondern da fahre ich dann hin.

So, könnte man die derzeit existierenden Standorte nicht besser auslasten?

Diese Frage nach den Standorten, die aufgegeben werden sollen, ist aus baulichen Gründen oder auf Grund der spezifischen Aufgaben in den verschiedenen Bereichen nicht ohne weiteres möglich.

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Da muss ich jetzt aber noch mal nachfragen. Sie wissen nicht, wie Sie die bestehenden Immobilien besser ausnutzen könnten und möchten einen neuen Standort für 450 Mitarbeiter anbieten? Ist das Ihr Ernst?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ist das jetzt eine Frage? Jetzt mit Ernst oder nicht Ernst? Sie sehen ja dort die Frage: Könnte man die derzeit existierenden Standort nicht besser auslasten? Und das ist aus baulichen Gründen nicht möglich, weil sie nämlich heruntergewirtschaftet sind.

Herr Scholtyssek

Laut den Unterlagen die uns vorliegen, soll die Mitarbeiterzahl im Ratshof aber ansteigen, von 269 auf 286. Und am Stadion haben wir wohl jetzt 451 und dort wären durchaus noch Kapazitäten für mehr Beschäftigte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das ist ja die Flexibilität, die man haben muss, auch in der Betrachtung entsprechend der Aufgaben, die in den nächsten zehn Jahren auf die Stadtverwaltung zukommen. Und deshalb kann man kein genaues Personalentwicklungskonzept pro Einheit und pro Haus durchführen. Sondern man muss dann, so wie wir uns hier im Hauptausschuss auch verständigt haben, dann zum Zeitpunkt der Entscheidung überlegen, welche Verwaltungseinheiten steigen dort ein oder welche Verwaltungsstandorte müssen geschlossen werden. Das hängt immer von den aktuell zu erledigenden Aufgaben ab.

Herr Scholtyssek

Aber diese Flexibilität haben wir doch dann mit der Scheibe A, weil die ist ja viel zu groß für die 450 Mitarbeiter. Da könnten wir also noch deutlich aufstocken.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Prasse, bitte.

Herr Prasse

Also, es liegen ja die Unterlagen der Firma Obermayer vor zur Scheibe A. Grundsätzlich ist mit der Belegung von 450 mit der Erstbelegung auf die wir gerechnet haben, eine Bürofläche bzw. eine Nutzfläche von 15,8 m² pro Mitarbeiter da. Das entspricht etwa der Richtlinie des Landes Sachsen-Anhalt für Landesbedienstete. Grundsätzlich ist die Scheibe A aber, wenn man sie nicht als Einzelzimmerbelegung macht, sondern als Doppelzimmerbelegung, für den Personalaufwuchs flexibel nutzbar. Das geht hier aus der Obermayer-Studie hervor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Frage, die Sie ansprechen Herr Scholtyssek, geht ja im Wesentlichen darum, wir haben einen Missstand in Halle-Neustadt, dazu wollen wir nachher noch einmal kommen zu den allgemeinen Statements. Und hier ist der Vorschlag, den Sie im Hauptausschuss beschlossen haben, diese Formulierung; die jetzt in der Frage der Bevölkerung zur Entscheidung vorliegt. Und darüber dann auch zu befinden, dass man sagt, ich wäge das eine mit dem anderen ab, bedeutet ja letztendlich, Sie wollen an den Scheiben nichts machen.

Bewirkt der Auszug aus anderen Standorten, dass neue unwirtschaftliche Leerstände entstehen? Nein. Durch die Reduzierung der Verwaltungsstandorte von 26 auf 17 werden die bestehenden Kapazitäten deutlich besser ausgelastet als es bisher der Fall ist.

Wird die Verwaltung jetzt in Neustadt mit Zweidrittel der Mitarbeiter konzentriert? Das war die Frage, die Herr Wolter auch schon gestellt hat. Auf Grund der nicht vorhersehbaren Anforderungen an die Verwaltung in Zukunft, kann noch nicht gesagt werden, welche Verwaltungseinheiten in einigen Jahren umziehen. Das ist mit unserem Personalrat auch so abgestimmt, das ist auch hier Beschlusslage gewesen im Hauptausschuss. Darauf hatten wir uns verständigt und hatten deutlich gemacht, dass wir gemeinsam dann überlegen, welche Verwaltungseinheiten dann in einen Neubau ziehen könnten.

Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Das ist genau meine Anmerkung dazu, das ist genau dieser Bereich, den ich absolut nachvollziehbar und richtig finde, das hier zu diskutieren und auch fundiert zu diskutieren, ohne dass da hinten ein Standort dranhängt. Also das ist unabhängig von der Standortfrage und unabhängig von einem Bürgerentscheid, eine Frage die wir hier zu diskutieren haben. Und das ist finde ich nicht abschließend hier im Rat passiert. Und deswegen nochmal, kann man dem Bürgerentscheid so nicht zustimmen, weil das sage ich mal bestimmte Szenarien einfach notwendig macht zu Ende zu denken, Herr Oberbürgermeister, die eben genau sage ich mal, wo Sie ja auch drin im Bereich der Digitalisierung im Bereich der Bürgerfreundlichkeit, dass welche...und das ist nicht einfach so durch einen Handstreich irgendwie, wir machen mal eine Lösung und wir gucken mal danach, wie das funktioniert.

Das ist hier bei diesem Punkt absolut sichtbar, weil es ist grundsätzlich richtig eine Reduzierung und eine bessere Auslastung von bestimmten Standorten zu denken. Aber ob das eben dann 17 sind oder 20 oder vielleicht sogar 21, weil man da bestimmte Fachlichkeiten zuordnet, weil es bestimmte, wie Sie ja auch Bedarf haben in sehr kurzen Wegen miteinander, mit kurzen Termin..., schnell mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu sprechen, das sich ja dann einfach erledigt, wenn die da in verschiedenen Bereichen sind und Sie werden ja weiterhin den Ratshof nutzen als die Zentrale für die Beigeordneten und für bestimmte, für das OB Büro. Also insofern wird es notwendig sein, da sich einfach auch auszutauschen. Ich glaube auch, die Kompetenz des Rates ist da notwendig, um so eine Entscheidung dann auch gemeinsam hier zu treffen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also ich entnehme daraus, wir sind in voller Übereinstimmung bei dem Punkt.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Prima. Geprüft wurden nur die Alternativen Neubau in der Innenstadt, Sanierung Scheibe A und Fortschreibung des Status quo. Das erscheint uns im Hinblick auf die Auswirkungen einer solchen Entscheidung viel zu eng. Vor der Untersuchung der Wirtschaftlichkeit, das ist die Antwort, hat die Verwaltung mehrere in Frage kommende Standorte geprüft. Darunter unter anderem das ehemalige Polizeipräsidium. Auf Grund der notwendigen Flächen für einen zentralen Verwaltungsstandort kam nur ein Neubau in der Schimmelstraße oder eine Scheibe in Halle-Neustadt in Frage. Daher wurden diese beiden Varianten genauer untersucht. Die Ergebnisse dazu liegen Ihnen vor.

Herr Wolter.

Herr Wolter

Auch dazu nur eine Anmerkung. Soweit ich weiß, gab es einen Verkauf eines Grundstückes am Riebeckplatz, das einer städtischen Gesellschaft gehört hat. Warum ist das nicht mit untersucht worden? Besitzsituation Häuser, Immobilien, die also vor allen Dingen der GWG, der HWG zuzuordnen sind. Warum gab es da keinerlei Mithineinnahme? Weil diese

Anmerkung ist für uns auch nachvollziehbar und richtig, dass es sage ich mal, um das abschließend bewerten zu können, ein guter Standort wiederum ist. Die Standortfrage unabhängig vom Konzept zu wenig Standorte sind und es gibt mehr Alternativen dazu.

Herr Prasse

Ich kann nur sagen, dass wir die beiden Varianten geprüft haben, Scheibe A und Schimmelstraße. Grundlage dafür, soweit ich es weiß, es gibt eine Standortuntersuchung der Verwaltung, damals noch zum Thema Sozialrathaus, wo insgesamt acht oder fünfzehn Standorte unter anderem geprüft worden sind. Und im Ergebnis nur die Schimmelstraße oder die Scheibe A in Frage kam von der Raum...also von den Nutzflächenkapazitäten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja.

Herr Wolter

Also ich muss jetzt nochmal reagieren, also das Sozialrathaus ist eine vollkommen andere Themenlage. Und da jetzt sozusagen daraus sozusagen quasi eine Quintessenz zu machen und sagen, da gab es ein Ergebnis, das nutzen wir gleich mal. Ja, ich wollte nur sagen, das ist eine ganz andere Situation. Und nochmal meine Frage, Herr Oberbürgermeister: Warum sind nicht Grundstücke der städtischen Gesellschaften, vor allem der HWG, am Riebeckplatz zum Beispiel, die jetzt erst vor Kurzem veräußert wurden, mit geprüft wurden? Weil es da auch seitens der Verwaltung sehr tiefgehende und ich sage mal sehr umfassende Prüfungen, wenn ich mich richtig erinnere, auch in der Zeit des Abrisses des Riebeckhochhauses gab und dort lange sozusagen auch erörtert worden sind, quasi so als Standort. Und da würde ich natürlich gerne wissen, warum das zum Beispiel hier nicht, warum hier keine Grundstücke der städtischen Gesellschaften mit drinhängen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also das würde ich Ihnen im nicht öffentlichen Teil beantworten und die Fragestellung, weil das natürlich Interna sind der einzelnen Gesellschaften. Da stellt sich natürlich auch die Frage nach anderen Gesellschaften, nicht nur der HWG. Und da sollten wir im nicht öffentlichen Teil darüber sprechen.

Warum ist der Bedarf an Büroflächen und Personal nicht bekannt? Die Belegung der Scheibe erfolgt nach aktuellen Anforderungen, die der Verwaltung in dem Moment gestellt werden. Diese Frage hatten wir schon in etwas abgewandelter Art.

Warum ist der Sanierungsstandard der Scheibe nicht bekannt? Der aktuelle Sanierungsstandard wird vom neuen Eigentümer bestimmt. Dieser neue Eigentümer hat sich dann an die Vorgaben zu halten, wenn tatsächlich die Entscheidung, die Sie hier ja auch bestätigt haben, wirksam werden soll.

Frau Brock, bitte.

Frau Dr. Brock

Ich wollte nur noch mal zur Kenntnis geben, die beiden letzten Zitate finde ich in unserer Stellungnahme nicht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann zeige ich sie Ihnen im Nachgang.

In der Scheibe A könnten bei einer Nutzfläche von 11.000 m² mehr als 726 Mitarbeiter untergebracht werden, wenn man von einer durchschnittlichen Bürofläche von 10,8 m² ausgeht. Diese Frage haben wir schon angerissen. Ich trage hier nochmal die Antwort vor: 10,8 m² Bürofläche pro Mitarbeiter sind absoluter Minimalbedarf. Nach der Richtlinie des

Landes soll jeder Landesbedienstete zwischen 12 und 15 m² Bürofläche haben. Dies wäre in der Schimmelstraße auf Grund der baulichen Gegebenheiten nicht abzubilden. In der Scheibe stünden bei 450 Mitarbeitern jedem 15,8 m² Bürofläche zu. Eine zusätzliche Belegung ist möglich.

Die Finanzierung kann ohne zusätzliche Haushaltsmittel erfolgen. Auch dazu ist die Finanzierung gesichert? Als Fragestellung. In der Antwort: Die Anmietung der Scheibe A durch die Stadt wird über Einsparungen aus der Neuordnung der Verwaltungsstandorte refinanziert. Das heißt, zusätzliche Haushaltsmittel werden nicht benötigt.

Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Auch dazu nur die Frage: Können Sie etwas sagen zum Zeitplan? Weil den empfinden wir sozusagen mit dieser Aussage nicht deckungsfähig. Es gibt eine Bauzeit, es gibt eine Umzugszeit und es gibt in irgendeiner Form eine doppelte Belastung für die Stadt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das...dass sozusagen Anschluss...also wirklich auf Kante schaffen. Also dass man sagt, wir haben jetzt hier einen Auszug, der ist zum Zeitpunkt X. Also wenn man jetzt zum Beispiel Hansering mit sieht, 2020, dann ist die Frage, wie lange mieten wir den an. Wie Sie zu so einer, so einen Mut haben so eine Aussage in die Öffentlichkeit zu tun, empfinden wir wirklich nicht verantwortlich, weil es den Tatsachen nach unserer Auffassung nicht entsprechen kann, dass man das schafft. In der Sache perspektivisch ja, aber konkret in so einer Übergangszeit wird es eine Mehrbelastung geben, die wir natürlich auch nicht berechnen können im Moment, was das bedeutet. Also, ob das jetzt zwölf Monate, sechs Monate, acht Monate Verzögerung von Bauzeiten, Verlängerung von Mieträumen, Umbaumöglichkeiten, -notwendigkeiten, Zusammenlegung, Umzugssituation. Das sind ja ganz viele Aspekte die quasi dort weggewischt werden von Ihnen und wo man im Moment ja nicht über eine Summe spricht, die das dann als Mehrbelastung ist. Die können wir auch nicht berechnen. Aber wir finden das absolut nicht nachvollziehbar, dass man sowas sagt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das ist eigentlich relativ einfach. Wenn Sie jetzt momentan umziehen und in eine Neubauwohnung hineinziehen, dann schaffen es die zuverlässigen Unternehmen, die wir hier in unserer Stadt haben, Ihnen eineinhalb Jahre oder zwei Jahre im Voraus zu sagen, dass Sie punktgenau kündigen können Ihre Wohnung, damit Sie neu einziehen, punktgenau. Und das wird regelmäßig auch eingehalten. Dazu gibt es viele Beispiele, ob das der Pauluspark ist, ob das beispielsweise das Wittekindbad ist. Es gibt also zig Beispiele, wo das punktgenau eineinhalb Jahre bis zwei Jahre im Vorfeld gesagt wurde, wann der Einzug ist.

Herr Wolter

Genau das ist nicht meine Erfahrung. Ich bin jetzt schon ein paar Jahre länger vielleicht hier als Sie in der Stadt. Und es hat sich auch mit Ihrer Amtszeit nicht verändert. Das sind immer Verzögerungen, da gibt es Probleme und das sind Mehrkosten. Und das muss man einfach auch klar benennen. Ich finde das ja nicht problematisch, ich finde nur die Behauptung, dass das sozusagen so durch geht, einfach wirklich schwierig und bringe Ihnen die Fragen mit, weil ich es fairer und auch für die Transparenz notwendig finde, wenn Sie einfach sagen, ja, es gibt eine Übergangszeit, da ist eine Risikosumme A. Die kann jetzt 100.000 € sein, es können auch 500.000 € sein. Und das sollte man einfach benennen. Nicht, weil man jetzt dagegen ist, also...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Wolter, es gibt...nochmals, es gibt keine Risikozeit, weil genau das, wenn so etwas eintreten könnte, würde vertraglich auch vereinbart werden. Es gibt letztendlich zu diesem Thema keine Risikozeit. Es wird niemals unter den Voraussetzungen ein Vertrag

abgeschlossen. Man würde das einkalkulieren, man würde diese Risikoposition bei dem Eigentümer dann auch festschreiben. Aber eine Risikoposition, wenn Sie es vorher vertraglich vereinbart haben, gibt es in dem Fall nicht.

Frau Brock.

Frau Dr. Brock

Ich möchte in dem Zusammenhang nochmal eine Sache auch unterstreichen, weshalb wir unter anderem auch diesen Bürgerentscheid, egal wie er aussieht oder ausgeht, für notwendig und wichtig halten. Das hängt an dieser Frage dran, sowohl Sie als auch wir, wir sind bis 2019 gewählt. Und wir sollen jetzt hier eine Entscheidung treffen, die sozusagen in die überüberübernächste Legislaturperiode des Stadtrates und in die überübernächste vom Oberbürgermeister reichen soll. Insofern würde ich mir niemals anmaßen zu wissen, wie die Welt in 30 Jahren aussieht. Vielleicht haben wir kein Erdöl mehr, aber wir wissen vielleicht nicht, was in Halle sozusagen ist. Insofern, ich finde es ein bisschen kleinteilig, was wir hier jetzt machen. Lassen wir doch die Bevölkerung entscheiden, ob sie diese Verantwortung tragen will über 30 Jahre.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das haben wir gemerkt, ja. Aber jetzt in der Zuordnung muss man sagen: Wenn Sie so argumentieren, dann können wir ja eigentlich den Laden dicht machen. Sie treffen täglich, in jeder Stadtratssitzung treffen Sie Baubeschlüsse, die weit über die Amtszeit von 2019 hinausgehen. Also dann können wir die Arbeit einstellen, Frau Brock. Und dann bräuchten Sie nicht mehr entscheiden. Aber das haben Sie ja auch nicht gemacht, Sie haben ja immer vertagt. Sie haben ja diese Entscheidung nicht getroffen und ich weiß auch noch ganz genau, in der letzten Stadtratssitzung haben Sie den Antrag auf Vertagung gestellt. Das hat mich gewundert...Warum haben Sie nicht gesagt, wir stimmen ab und Sie lehnen ab?

Frau Brock

Ja, weil die Bürger entscheiden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, dann sind wir uns ja einig.

Zwischenrufe

Herr Wolter

Auf Ihre Ehre, Herr Scholtyssek.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann, auch ebenfalls eine Anfrage von den GRÜNEN. Die finanziellen Auswirkungen sind unklar, die Prognosen basieren auf den Kennzahlen eines einzigen Jahres. Nämlich 2015. Das ist falsch, die Aussage. Um eine Vergleichbarkeit herzustellen, wurde die finanzielle Machbarkeit auf Grundlage von bundesweit gültigen statistischen Kostenwerten BKI geprüft. Dies gilt sowohl für die Betriebskosten als auch für die Instandhaltungskosten.

Warum ist nicht klar, zu welchem Preis der potentielle Investor das Gebäude erwerben wird und warum ist der Investor nicht bekannt? Auch hier ist die Antwort recht einfach, weil die Zwangsversteigerung erst im Oktober 2017 stattfindet.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Natürlich, klar.

Herr Scholtyssek

Ich würde dazu sozusagen eine Gegenfrage an Sie stellen. Warum wurde der maximale Mietpreis, den der Investor erzielen kann, bereits durch Sie in die Öffentlichkeit gebracht, die 9,90 €? Das ist ja wirtschaftlich gedacht jetzt nicht unbedingt klug.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann haben Sie die Frage falsch verstanden. Dort steht bis maximal 9,90 €, dass man anmietet. Das heißt nicht, dass man für diesen Betrag anmietet. Sondern es bedeutet, dass wir unter dem Gebot der Wirtschaftlichkeit den geringstmöglichen Betrag nehmen. Hier ging es nur darum, wenn Sie die Frage sich ansehen, um die Wirtschaftlichkeit. Und die Wirtschaftlichkeit liegt bei maximal 9,90 €. Das heißt, wenn Sie auf die Frage achten, dann sehen Sie das auch und dann erkennen Sie es auch. Die Frage haben wir hier auch übrigens diskutiert in der Hauptausschusssitzung. Da hatten Sie auch zugestimmt, als Sie gesagt haben, dass diese Frage auch so für Sie hier akzeptabel ist.

Herr Bönisch bitte.

Herr Bönisch

Diese Diskussion ist jetzt schon bisschen schräg, wenn der Bürgerentscheid ausgeht, wir machen das, und der Investor sagt, ich will 9,90 € Miete haben. Wie wollen Sie das begründen, dass Sie weniger zahlen wollen? Wenn Sie mit weniger kommen, dann können Sie den Bürgerentscheid nicht umsetzen. Also das ist nun wirklich schon ausgestanden das Problem. Und das ist ja leider der Krux, dass wir bei öffentlichen Ausschreibungen auch immer noch irgendwelche Kostenvoranschläge in Haushalten abbilden müssen. Wer clever ist, informiert sich und weiß, was er bieten muss. Und hier ist es doch auf dem silbernen Tablett serviert der Mietpreis. Da kann ja keiner, wenn der drunter geht, dann schicken sie den in die Klappe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also Herr Bönisch, ich glaube Sie haben die Frage nicht richtig gelesen, die dort steht. Es steht dort: bis maximal 9,90 €. Das heißt, wenn erkennbar ist, dass die Wirtschaftlichkeit unter den Gegebenheiten nicht da ist, das heißt auf Deutsch, dass die Stadt letztendlich wirtschaftlich nicht entscheiden kann, dann besteht keine Ermächtigung und besteht auch nicht die Möglichkeit, einen solchen Vertrag abzuschließen. Das heißt, die Frage beinhaltet nicht, dass ein solcher Vertrag abgeschlossen wird, wenn eine Unwirtschaftlichkeit oder ein Übermaß durch den Investor vorgenommen wird. Hier geht es nur darum, dass eine Festlegung von Seiten der Bürger auf diesen Betrag dann auch vorgesehen ist, auf die 9,90 €. Also insoweit haben Sie die Frage, die wir hier auch schon immer wieder diskutiert haben, so noch nicht richtig verstanden.

Herr Wolter bitte.

Herr Wolter

Einerseits wollte ich Sie noch mal darauf hinweisen, dass wir jetzt nur noch fünf Minuten Zeit haben und wir natürlich, ich würde mich freuen, dass sozusagen die Fragen noch die ich gestellt habe, beantwortet sind. Aber dennoch die Anmerkung dazu, dass unter...also die letzte Folie zur Wirtschaftlichkeit, empfinde ich es schwierig, den Standort A, also die Scheibenentscheidung sozusagen ist einfach natürlich, wenn man sagt, man hat einen Investor, der hier ein Angebot vorlegt, der natürlich auch den Erwerb der Scheibe mit reinrechnen wird in seine Investitionssumme, in seine Kalkulation. Dass das natürlich dann eigentlich zum Schaden der öffentlichen Hand ist, weil es eben den Wettbewerb verhindert unter den verschiedenen Eigentümern der Scheibe. Deswegen ist es für mich auch ein

Grund gegen den Bürgerentscheid zu sprechen, weil die Entscheidung sollte man nicht treffen. Sondern man muss sozusagen den Wettbewerb suchen, gerade auch zu den Scheiben und nicht, wenn man diesen Standort möchte, aber nicht sozusagen jetzt hier für eine Scheibe plädieren. Und gerade im Sinne der Zwangsversteigerung finde ich das auch ein schwieriger Vorgang.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Genau, das ist ja mit der Fragestellung auch deutlich gemacht worden. Hier ist ja lediglich ein Ausspruch für den Standort, wenn es möglich ist und die Gegebenheiten dann vorliegen. Das bedeutet, wenn eine solche Möglichkeit nicht da ist und wir keine Wirtschaftlichkeit erzielen können, eine solche Entscheidung ja auch nicht umgesetzt werden muss. Sondern hier sprechen sich die Bürger für einen Standort aus, dass die Scheibe A reaktiviert wird. Das ist die zentrale Aussage und das ist konkretisiert worden mit der Möglichkeit, dass die Verwaltung dort einzieht. Wenn diese Möglichkeiten, die Sie angesprochen haben und die Risiken nicht gegeben sind, das sagt ja auch die Fragestellung, dann müssen wir auch nicht anmieten.

Frau Brock, bitte.

Frau Dr. Brock

Letzte kurze, eine letzte kurze Anmerkung noch. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie auch andere Teile unserer Stellungnahme zitiert hätten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die kommen noch.

Frau Dr. Brock

Die kommen jetzt mit Sicherheit nicht mehr. Ich wollte nur noch eine abschließende Bemerkung machen, weil Sie das mit meinem Wahlverständnis vorhin kritisiert haben. Also ich werde möglicherweise 2050 nicht mehr sozusagen in der aktiven Politik sein. Insofern ist das schon ein Zeitraum, den ich hier bedenke.

Und das Zweite, nochmal, ich verstehe mich als Interessenvertreterin der gesamten Stadt. Und es ist ein Fünftel der Bevölkerung, die in Halle-Neustadt lebt. Und wir haben jetzt schon zwei Fünftel der Verwaltung dort. Und dann drei, zwei, drei Drittel. Insofern finde ich das auch überhaupt noch mal eine Frage. Sind wir da in der Verantwortung?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also dieses Argument, dass Sie eben gesagt haben, das lasse ich einfach so stehen, da kann ich einfach nicht drauf antworten.

Dann haben wir noch genau fünf Minuten, weil wir drei Minuten nach angefangen haben oder drei Minuten haben wir noch, ja Herr Lange. Dann nutzen wir die natürlich.

Dann würde ich ganz gerne noch auf die Frage von Herrn Wolter eingehen. Wenn der Bürgerentscheid positiv ist, dann tritt die Wirkung des Bürgerentscheides an die Stelle des Stadtrates. Deshalb hatte ich mich ja in den letzten Wochen gemeinsam mit Ihnen auch immer bemüht, ausführlich bemüht, die Diskussion auch zu führen, dass Sie selbst entscheiden. Wir hatten alle Fragen im Stadtrat, auch hier in den Ausschüssen beantwortet. Wir hatten uns hier mit einem Beschluss verständigt. Und dann haben Sie nicht im Stadtrat entschieden. Was mir aus einzelnen Fraktionen auch herangetragen wurde, ist, dass die Zuordnung, die Sie vornehmen in der Wahrnehmung der Scheibe A möglicherweise sich verändert hat. Deshalb wundert mich das, dass Sie nicht entschieden haben. Wenn Sie,

gerade die CDU und jetzt auch die GRÜNEN und die MITBÜRGER jetzt so vehement dagegen reden, dann frage ich mich, warum haben Sie nicht mit nein gestimmt und warum haben Sie immer vertagt? Warum sind Sie Ihrer Verantwortung nicht nachgekommen?

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Und diese Fragestellung, die von meiner Seite sehr sehr wichtig ist, wenn wir hier eine Entscheidung treffen und dass Sie dann in den Stadtrat hineingehen und sagen, ich drücke mich, ich möchte vertagen, ich will nicht. Aber Sie hätten doch genau das, wenn Sie dagegen sind, hätten Sie doch im Stadtrat sagen können, bitte lassen Sie uns abstimmen. Dann hätten Sie entschieden und es wäre zu keinem Zeitpunkt zu einer Bürgerentscheidung gekommen.

Ich würde ganz gerne noch mal aus meiner Sicht...gleich, ja.

Herr Wolter

Ich fühle mich persönlich angesprochen auch...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich möchte nur meinen Satz noch zu Ende bringen. Und das, was ich mit der Argumentation und den Zielen auch von meiner Seite erreichen wollte und deshalb bin ich froh, dass Herr Schachtschneider hier ist und diesen Gedanken aus Halle-Neustadt aufgegriffen hat. Denn viele Bürger möchten ganz gerne die fünf Türme und die fünf Scheiben letztendlich auch gemeinsam entwickelt sehen. Und ich und die Verwaltung haben insgesamt nach einer Möglichkeit gesucht, gemeinsam mit Ihnen, deswegen war ich hier im Konsens mit Ihnen im Hauptausschuss, dass wir eine Scheibe reaktivieren und dann möglicherweise eine Verwaltung da hineinbringen. Für mich persönlich kommt es darauf an, dass die Scheibe A reaktiviert wird. Ob die Verwaltung da reinkommt oder erst später oder vielleicht in einer anderen Situation, das spielt aus meiner Position keinerlei Rolle. Aber die Diskussion, dass wir die Scheibe aktivieren wollen, haben Sie selbst auch durchgeführt. Sie haben einen Beschluss dazu gefasst. Und jetzt biete ich an, als Vorreiter sozusagen, um endlich auch Bewegung rein zu kriegen, haben wir ausgerechnet, dass es sich rechnet, dass die Verwaltung da einziehen könnte. Und alle sind vehement gegen diese Entscheidung. Und das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Es gibt auch einige, gerade auch im Bereich der CDU, die sagen auch ganz deutlich, nur weil die Idee vom Oberbürgermeister gekommen ist, stimmen wir jetzt dagegen. Wenn das...

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, je lauter Sie rufen, desto besser wird es. Also von daher ist die Reaktion relativ deutlich. Wir haben noch zwei Minuten. Wenn der Beschluss, ein Satz noch, wenn der Beschluss...

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Den Satz darf man ja zu Ende sprechen. Wenn der Beschluss, ich weiß, dass Sie das herbeisehnen Herr Scholtyssek, das Ende der Aktuellen Stunde. Das weiß ich, dass Sie das herbeisehnen. Aber um die Frage zu beantworten, wenn der Beschluss positiv von den Bürgern beantwortet ist, dann ist der Stadtrat dementsprechend raus. Das heißt, die Wirkung tritt ein, es gilt wie ein Stadtratsbeschluss und deshalb findet ja auch ein Bürgerentscheid statt, der dann anstelle des Stadtratsbeschlusses tritt. Und von daher ist das die Frage von Herrn Wolter gewesen.

Gibt es noch Anmerkungen zu der spannenden Aktuellen Stunde?

Bitteschön, Herr Wolter. Ich weiß jetzt nicht...

Herr Wolter

Sie haben mich ja auch direkt angesprochen beziehungsweise unsere Fraktion.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wenn alle das erlauben, dann natürlich.

Herr Wolter

Deswegen würde ich da gerne drauf reagieren. Sie haben anscheinend kein Demokratieverständnis, Herr Oberbürgermeister. Ich möchte gerne aussprechen können, ich habe Sie ja auch aussprechen lassen. Sie haben wirklich kein Demokratieverständnis, weil die Achtung davor, dass hier Bürgerinnen und Bürger eine Bürgerinitiative starten um ein Bürgerbegehren durchzuführen, achten wir als MITBÜRGER viel höher, als jede Idee die Sie haben.

Frau Ernst

Heuchler.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Heuchler.

Herr Wolter

Nein, das verbitte ich mir, Herr Oberbürgermeister. Das ist wirklich eine Beleidigung und das würde ich Sie auch bitten wirklich zurückzunehmen und sich bei mir zu entschuldigen beziehungsweise Ihre persönliche Referentin.

Also, wenn wir hier sozusagen die Diskussion, die durch Herrn Schachtschneider in Halle-Neustadt aufgenommen wurde. Wir haben hier diskutiert dazu und wir haben auch Positionen gehabt im Finanzausschuss und so weiter. Wir haben deswegen eine Vertagung gefordert, weil wir gesagt haben, wenn hier eine Bürgerinitiative gestartet ist, soll die auch durchgeführt werden. Und das ist der einzige Grund, weil wir nämlich sozusagen gerade das auch wirklich, das habe ich ja vorhin auch ausgesprochen, dass wir hier einfach einen Bürgerentscheid dazu treffen, weil es eine große Entscheidung ist. Nicht weil wir uns davor irgendwie ängstigen oder weil es für uns nicht fassbar ist. Sondern weil wir in dem Verfahren dagegen gestimmt hätten.

Und wir wollten hier nicht, und das wissen Sie genauso wie wir, dass hier keine Mehrheit im Stadtrat dazu, hätten Sie nicht gefunden. Wir hätten hier mehrheitlich diese Vorlage auf Grundlage ihrer Qualität abgelehnt. Und das ist die Diskussion, die sozusagen unter den Fraktionen auch stattgefunden hat. Was wir gemacht haben, haben gesagt nein, lasst uns das Bürgerbegehren durchführen und hier einen Bürgerentscheid, wenn es dafür eine Mehrheit gibt. Und dazu ist es gekommen, dafür haben Sie sich auch stark gemacht. Und das finde ich auch großartig.

Aber uns jetzt im Nachhinein vorzuwerfen, dass wir irgendwie nicht den Mumm hätten zu entscheiden, sondern wir sagen ja, wir hätten Sie gerne aufgefordert eben die Kontraseite, die Fragen, die Risiken zu benennen. Und das ist nicht passiert. Und das haben Sie jetzt auch in Ihren, sage ich mal, Darstellungen, sondern in den kurzen Folien, Reaktionen auf unsere Kritik, nicht gemacht. Das haben wir gemacht in verschiedenen Ebenen. Die Fragen haben wir gestellt, die Gutachten die vorliegen sind teilweise nachvollziehbar, aber nochmal, das ist eine verschiedene Themenlage. Das, was Sie gesagt haben, dass wir Neustadt beleben wollen, dass das Neustadt-Centrum ein stadtplanerisch ganz wichtiger Punkt ist,

den wir entwickeln müssen, da gibt es im nächsten Stadtrat eine Vorlage, die wir glaube ich einstimmig hier fassen werden. Das ist vollkommen...aber das zu vermengen, das ist der Fehler, den Sie gemacht haben. Sich sozusagen in eine eigene Entscheidung, die wir von Ihnen ja auch verlangen, aber jetzt hier etwas zusammenzubringen, was getrennte Vorgänge sind. Und da bitte ich Sie wirklich, das auch zu achten und nicht jetzt hier Heuchelei oder sonst was vorzuwerfen. Was ich wirklich über eine Grenze getreten empfinde.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Einen Satz würde ich ganz gerne...ich kann jederzeit einen Satz, wenn Sie die Sitzung leiten, leiten Sie die Sitzung. Momentan leite ich die Sitzung. Herr Wolter, eines ganz deutlich, Sie haben vorher, bevor der Bürgerentscheid begann, immer wieder vertagt. Deshalb ist es dazu gekommen. Und deshalb ist die Aussage nicht in Ordnung.

So, dann möchte ich...

Herr Wolter

Entschuldigen Sie sich bei mir oder sind Sie sozusagen der Meinung, dass Sie mich hier öffentlich als Heuchler bezeichnen können?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das war die Büroleiterin.

Zwischenrufe

Herr Wolter

Dann würde ich Sie bitten Ihre Büroleiterin aufzufordern, sich bei mir zu entschuldigen. Ansonsten würde ich diese Versammlung hier verlassen.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gut, okay. Dann freue ich mich, Herr Lange.

Herr Krause

Dann können Sie das mit den Intriganten im gleichen Abwasch machen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gut, dann schließe ich die Aktuelle Stunde, wenn Sie nicht verlängern möchten. Deshalb frage ich...

Herr Wolter

Wenn Sie sich nicht entschuldigen, verlasse ich die Sitzung. Ich nehme mit Ihnen nicht an einem Tisch an einer Beratung teil, wo Sie mich als Heuchler und genau Sie, Frau Ernst, auch wenn Sie da so freundlich lächeln.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gut. Dann möchten Sie die Sitzung verlängern, stelle ich die Frage? Möchten Sie die Aktuelle Stunde verlängern? Dann sehe ich keinerlei Regungen, dass hier die Aktuelle Stunde verlängert wird. Dann schließe ich die Aktuelle Stunde und komme zur Feststellung der Tagesordnung unserer Hauptausschusssitzung.

Herr Lange

Herr Oberbürgermeister, ich bitte um eine Auszeit von fünf Minuten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand
Gut.

Herr Lange

Ich bitte darum, dass die Fraktionsvorsitzenden sich demnächst vor der Tür treffen.

5 Minuten Auszeit

Herr Lange

Herr Oberbürgermeister, ich bitte darum eine Erklärung abgeben zu dürfen.

Herr Oberbürgermeister, sowohl Sie als auch die Büroleiterin haben einen Stadtrat, in dem Fall sogar einen Fraktionsvorsitzenden, einen Heuchler genannt. Ihnen wurde die Möglichkeit gegeben sich zu entschuldigen. Der Stadtrat hat gesagt, wenn Sie es nicht tun, verlässt er die Sitzung. Das ist eine neue Eskalationsstufe. Es ist nicht das erste Mal, dass Sie in der Öffentlichkeit einen Stadtrat beleidigen. Ich erinnere dabei an Ihr Interview. Die Stadträtinnen und Stadträte, die Fraktionsvorsitzenden haben sich entschieden, dass wir jetzt alle die Sitzung verlassen. Ich bleibe als einziger Stadtrat hier, werde dann die Beschlussfähigkeit feststellen lassen und dann wird die Sitzung beendet werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sie können die Beschlussfähigkeit nicht feststellen lassen, weil Sie diese Kompetenz nicht besitzen.

Zwischenrufe

Sie können es beantragen, na klar, das ist ja...

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gut.

Herr Lange

Es würde Ihnen besser zu Gesicht stehen, wenn Sie sich jetzt entschuldigen, als jetzt noch so eine Eskalation...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann würde ich zu Protokoll geben, das Beschimpfen des Oberbürgermeisters wegen undemokratischen Verhalten, weise ich ebenfalls zurück. Verurteile die Angriffe von Herrn Wolter ebenso und möchte das auch ins Protokoll aufnehmen, dass eine Art des Beschimpfens des Oberbürgermeisters als undemokratisch nicht angebracht ist.

So, dann...

Herr Lange

Ich bitte darum, dass die Beschlussfähigkeit festgestellt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann komme ich zur Tagesordnung.

Herr Lange

Ich bitte darum, dass die Beschlussfähigkeit festgestellt wird. Ich beziehe mich auf die entsprechenden Bestimmungen unserer Geschäftsordnung. Ist die Beschlussfähigkeit noch gegeben?

Herr Oberbürgermeister...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich rufe die Beschlussfähigkeit auf, Sie stellen den Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit, ich reagiere darauf.

Herr Lange

Dann machen Sie das mal.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Lange hat den Antrag auf Beschlussfähigkeit gestellt. Ich stelle fest, dass die Beschlussfähigkeit nicht gegeben ist. Ich möchte an der Stelle noch einmal deutlich machen, dass wegen einer Zuordnung von undemokratischem Verhalten und Vorwürfen gegen den Oberbürgermeister der Intransparenz, der Oberbürgermeister diese Wortwahl gewählt hat.

Damit schließe ich die Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer